

Eine fast wortgleiche Version dieses Textes ist mit gleicher Paginierung publiziert in:

Franz Kröger / Henning Mohr / Norbert Sievers / Ralf Weiß (Hg.)

Jahrbuch für Kulturpolitik 2021/22  
Kultur der Nachhaltigkeit

"Unsere Freiheit, unser Wohlstand. Zur Krise des öko-emanzipatorischen Projekts"  
Ingolfur Blühdorn  
S. 59-68

## Unsere Freiheit, unser Wohlstand Zur Krise des öko-emanzipatorischen Projekts

---

*Ingolfur Blühdorn*

Im Zeichen des ersten Schocks über die Folgen des sich global ausbreitenden COVID-Virus wurde häufig gefragt, ob die Pandemie vielleicht ein Wendepunkt auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation moderner Gesellschaften werden könnte (z.B. Volkmer/Werner 2020). Kurz zuvor hatten die Klimawissenschaft, die Erdsystemwissenschaft und soziale Bewegungen im Verein ein breites gesellschaftliches Bewusstsein geschaffen, dass die Klima- und Nachhaltigkeitskrise sofortige und einschneidende Gegenmaßnahmen zwingend notwendig machen, wenn Katastrophen vermieden werden sollen, die sogar das Überleben der Menschheit gefährden und zur Unbewohnbarkeit des Planeten führen könnten. Doch die grundlegende Transformation in Richtung einer Gesellschaft, die innerhalb der *planetaren Grenzen* (Rockström et al. 2009a) ein gutes Leben für Alle sichert, bleibt eine erhebliche Herausforderung. Und im Rückblick wird klar: Die Pandemie war zwar tatsächlich ein Wendepunkt, aber weniger zu einer solchen Transformation, als vielmehr in der politischen Kultur. Sie markiert die Wende zu einem sehr viel schärferen, konfrontativen und unversöhnlichen Ton in der politischen Debatte, zu einer neuen Gereiztheit und gesellschaftlichen Spaltung, die ihre Ursache zwar nicht in der Pandemie selbst hatten, die aber mit den staatlichen Maßnahmen zur deren Begrenzung einen neuen Kristallisationspunkt fanden.

Bereits relativ geringfügige und zeitlich begrenzte Beschränkungen lösten in verschiedenen Teilen der Gesellschaft zum Teil erhebliche Widerstände aus. Die *Rückkehr zur Normalität* wurde zum bestimmenden Prinzip der Pandemiepolitik, so als sei die Lage zuvor nicht ihrerseits bereits zutiefst problematisch gewesen. Die Pandemie ließ erahnen: Eine sozial-ökologische Transformation, die sehr viel einschneidendere und zeitlich auch nicht mehr befristete Begrenzungen durchsetzen müsste, würde noch unvergleichlich viel heftigere Widerstände provozieren. Und die politischen Energien und Konflikte, die sich derzeit noch vor allem an den Corona-Maßnahmen entladen, werden nach der Pandemie absehbar in der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik einen neuen Kristallisationspunkt finden. Deutlich wurde auch: Allen Warnungen zum Trotz, dass »die Welt aufwachen« müsse, weil sie »am Rande eines Abgrunds« stehe und sich »in die falsche Richtung« bewege (Guterres 2021), ist das Leitprinzip der mehrheitsdemokra-

tisch legitimierten Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik nicht, den Untergang der Menschheit oder die mögliche Unbewohnbarkeit des Planeten zu verhindern – beides ist einstweilen nicht absehbar. Die klare Priorität ist vielmehr, *unseren* Wohlstand und *unseren* Lebensstil zu sichern. Bei der Bundestagswahl 2021 war das der klare Konsens aller Parteien – inklusive der Grünen.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden zunächst die Falle skizziert, in der die Transformationspolitik sich offenbar verfangen hat. Dann geht es um verschiedene Annahmen und Hoffnungen, die für das öko-emanzipatorische Projekt konstitutiv sind, die sich im Zeichen der Pandemie aber deutlicher denn je als nicht haltbar erwiesen haben. Darauf aufbauend wird die derzeitige Nachhaltigkeitskrise schließlich als eine Krise des öko-emanzipatorischen Projekts interpretiert und als Schnittstelle zu einer Metamorphose der europäischen Moderne insgesamt.

## Transformationspolitik in der Falle

Der Abgrund, von dem UNO Generalsekretär Antonio Guterres auf der Vollversammlung im September 2021 sprach, und die Dringlichkeit einer sozial-ökologischen Transformation, die die Grundstrukturen moderner Gesellschaften und ihrer Naturverhältnisse neu aushandelt – *Wie wollen wir in Zukunft leben? In welcher Welt wollen wir leben?* –, mögen bedrohlicher bzw. größer sein denn je, doch die Transformationsfähigkeit und -willigkeit moderner Gesellschaft wird vom Zusammenspiel verschiedener Faktoren erheblich beeinträchtigt:

- Die Logik und Dynamik des Wachstums wurde zwar schon in den 1970er Jahren als wesentliche Ursache der Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblematik benannt, doch bis heute bleibt Wachstum nicht nur ein konstitutives Prinzip der kapitalistischen Ökonomie, sondern auch unverzichtbar für die Stabilität des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, des sozialen Friedens und sogar der liberalen Demokratie. Versuche das ökonomische Wachstum im Sinne von *green growth* vom wachsenden Ressourcen- und Umweltverbrauch zu entkoppeln, waren – zumal global betrachtet – aber nur sehr bedingt erfolgreich (Wiedenhofer et al. 2020; Haberl et al. 2020), ebenso wie der Versuch, alternative Kriterien für gesellschaftlichen Wohlstand zu entwickeln (Jackson 2017).
- Eine sozial-ökologische Transformation, die ein gutes Leben für Alle sichert, würde eine massive Verminderung des Konsums, eine Beschränkung der Ansprüche und Erwartungen in praktisch allen Lebensbereichen erfordern, weit jenseits dessen, was heutige Bürger\*innen als notfalls entbehrlichen Luxus empfinden. Denn »selbst bei einem nur minimal-komfortablen Lebensstil, überschreiten die Konsumenten im globalen Norden bei weitem alle Zielwerte der Pro-Kopf Emissionen« (Gough 2020: 216). Doch spätmoderne Gesellschaften sind festgelegt auf Infrastrukturen und Praktiken, auf Verständnisse von Freiheit und Selbstbestimmung, und auf konsum- und erlebnisbasierte Muster der Selbstkonstitution und Selbsterfahrung, die jede Form von Reduktion zur extremen Belastung machen. Die Pandemie hat das unmissverständlich deutlich gemacht. Gerade im Zuge des Neoliberalismus

haben sich Verständnisse von Freiheit und Selbstverwirklichung verbreitet und verfestigt, die jede politische Regulierung als inakzeptable Einmischung in die Sphäre des Privaten betrachten. Der beanspruchte *Bedarf* an Rohstoffen, Energie, Boden, Wasser, Mobilität etc. liegt zwar bekanntermaßen weit jenseits des Verallgemeinerbaren und beruht somit notwendig auf Ungleichheit und Exklusion (Lessenich 2016; Brand/Wissen 2017), er ist aber dennoch weitgehend unverhandelbar (Blühdorn 2020).

- Nach Jahrzehnten des Marktliberalismus sind auch in insgesamt wohlhabenden Gesellschaften die sozialen Ungleichheiten so groß, dass eine Nachhaltigkeitswende vermittelt *ehrlicher Preise*, also über die Internalisierung bisher externalisierter sozialer und ökologischer Kosten, für wesentliche Teile der Gesellschaft nicht mehr bezahlbar wäre. Die derzeitigen Konflikte um die gestiegenen Energiepreise zeigen das deutlich an. Nur eine entschieden umverteilende Politik könnte hier Abhilfe schaffen; sie ist aber politisch kaum aussichtsreich. Selbst für Besserverdienende würden sozial-ökologische Preise einen erheblichen Einbruch ihres gewohnten Lebensstandards bedeuten. Begrenzung, Schrumpfung und Verzicht sind jedoch ein Tabu. Eine Reduktion etwa des Mobilitäts-, Elektronik- oder Energiebedarfs steht jenseits sehr marginaler Gruppen nicht zur Debatte.
- Zudem besteht in modernen Gesellschaften ein strukturelles Missverhältnis zwischen der Idee einer sozial-ökologischen Transformation und den Möglichkeiten ihrer praktischen Umsetzung. Entsprechende Forderungen werden aus der Perspektive von Bürger\*innen und deren Erfahrung der Verletzung von Gleichheits-, Gerechtigkeits-, Gesundheits-, Natürlichkeits- oder Selbstbestimmungsnormen formuliert. Bearbeitet werden gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen aber primär auf der Ebene der verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssysteme – Recht, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien etc. –, die jeweils ihrer eigenen Logik unterliegen, aus der sie nicht ausbrechen können, und die darüber hinaus auch nicht synchronisiert sind. Diese Koordination wird von der Politik erwartet, die jedoch ihrerseits in der ihr eigenen Logik des Machtgewinns bzw. -erhalts befangen bleibt. Die Pandemie hat gezeigt, in welchem Maße moderne Gesellschaften mit der Bewältigung ihrer Krisen daher strukturell überfordert sind (Luhmann 1986; Nassehi 2021). Die verzweifelte Forderung *Listen to the science!* ist der Versuch, aus diesem Dilemma auszubrechen. Doch Nachhaltigkeitsprobleme lassen sich grundsätzlich nicht wissenschaftlich objektivieren, sondern bleiben letztlich immer eine Frage der gesellschaftlichen Problemwahrnehmung, Prioritätensetzung und Toleranzschwellen. Zudem hat auch die Wissenschaft keine herausgehobene Stellung; auch sie spricht mit vielen Stimmen, und in modernen Gesellschaften haben Wissenschaftsskepsis, *alternative Fakten* und postrationale Sinnerzählungen hohe Konjunktur.
- Gerade weil es objektive ökologische Imperative nicht gibt, fehlen für eine sozial-ökologische Transformation sowohl klare und stabile Zielvorgaben als auch ein wirkmächtiger Treiber. Das Problem ist nicht neu, aber in heutigen Gesellschaften zugespitzter denn je. Hinsichtlich der Zielvorgaben sind die kontroversen Vorstellungen von *einem guten Leben* ausschlaggebend sowie Vorstellungen davon, wer berechtigt sein soll, an diesem Leben teilzuhaben. Hinsichtlich der Treiber gilt: Die

normative Idee, die in der linken Kritik der kapitalistischen Industriegesellschaft immer im Zentrum des Projektes einer sozial-ökologischen Transformation steht, nämlich die Idee des bisher noch entfremdeten, kolonisierten, unterdrückten und erst noch zu befreienden *autonomen Kollektivs*, ist im Zuge der fortlaufenden Modernisierung weitgehend weggeschmolzen bzw. so umformuliert worden, dass sie keine system-transformative Kraft mehr entfaltet (Blühdorn 2022). Zwar löst etwa das Szenario des *digitalen Überwachungskapitalismus* (Zuboff 2018) weiterhin den Aufruf *Reclaim autonomy* (Augstein 2017) aus, aber was Habermas einst als die *Legitimationskrise des Spätkapitalismus* (Habermas 1973) bezeichnete, entwickelt unter Bedingungen des *kapitalistischen Realismus* (Fisher 2013) kaum noch transformative Energie.

- Stattdessen kreiseln moderne Gesellschaften in einem Strudel, in dem sie kaum mehr für die Zukunft planen und steuern können, sondern stark gegenwartsfixiert vor allem darum bemüht sind, die unmittelbaren Folgen der immer schneller aufeinander folgenden Krisen – Banken, Fluten, Finanzen, Migration, Inflation, Rechtspopulisten, Energiepreise, militärische Konflikte etc. – wenigstens halbwegs im Griff zu behalten. Dabei müssen sie immer gründlicher abwägen, ob es sich lohnt, ihre verfügbaren Mittel für langfristige Projekte der sozial-ökologischen Transformation zu investieren, oder sie besser für die kurzfristige Bekämpfung der jeweils akuten Katastrophenfolgen zu reservieren. Gerade in der Demokratie werden längerfristige Projekte politisch immer schwerer durchsetzbar, denn angesichts aktueller Krisen sind demokratische Mehrheiten für Transformationsprojekte nicht leicht zu mobilisieren und noch schwerer zu stabilisieren.
- Zudem steht die Bewältigung der vielfältigen Krisen moderner Gesellschaften zunehmend im Zeichen der neuen globalpolitischen Großkrise, dem Wettbewerb zwischen liberal-demokratischen und autokratisch-autoritären Systemen um die globale Vorherrschaft. In diesem Systemwettbewerb erhöht sich noch einmal der Konkurrenz- und Wachstumsdruck. Nachhaltigkeits- und Transformationsprojekte bleiben bestenfalls sekundär und müssen sich in diese Logik einfügen.

## Illusionen und Unhaltbarkeiten

All dies bedeutet ausdrücklich nicht, dass es in heutigen Gesellschaften für ökologische Reformen keinerlei Spielraum gäbe. Doch für ein Aussetzen der Logik von Wachstum, Wettbewerb und Ausbeutung; für eine Reduktion der Ansprüche, Erwartungen und Bedürfnisse, und für eine entschiedene soziale Umverteilung, die ein gutes Leben für Alle ermöglichen würde, gibt es tatsächlich kaum Spielraum. Für eine sozial-ökologische Transformation zur Nachhaltigkeit wären aber genau diese Parameter unverzichtbar. So sind Warnungen, dass »unsere Welt noch nie so bedroht war wie heute« und wir »vor der größten Kaskade von Krisen stehen, die wir je erlebt haben« (Guterres 2021), zwar sicher berechtigt. Doch moralische Appelle, dass *wir nun unbedingt gemeinsam, sofort und entschieden handeln* müssen, dass es nun dringend Zeit ist, *endlich vom Reden zum Tun zu kommen*, haben vor allem Bekenntnis- und Erlebnisararakter. Sie bedienen moralische und psychologische Bedürfnisse, beschwören aber eine gesellschaftliche Realität, die

es nicht gibt. Bereits in den 1980er Jahren beschrieb Ulrich Beck dieses Dilemma als das »System der organisierten Unverantwortlichkeit« (1988: 104), dessen Merkmal gerade dieser Widerspruch »zwischen systemimmanent erzeugten und systemimmanent nicht zurechenbaren, nicht verantwortbaren, nicht bearbeitbaren Gefahren« ist (ebd.: 104). Doch während Beck noch darauf hoffte, dass eine *neue Politik* zivilgesellschaftlicher Bewegungen dieses Dilemma im Zuge einer *zweiten, reflexiven* Modernisierung (Beck 1993) auflösen könnte, diagnostiziert die Soziologie heute das *Ende der Illusionen* (Reckwitz 2019), die notorisch *überforderte Gesellschaft* (Nassehi 2021) und den Umschlag dieser Überforderung in eine *regressive Moderne* (Nachtwey 2016; Geiselberger 2017), die nicht mehr auf universelle Rechte und ein gutes Leben für Alle zielt, sondern ausdrücklich auf Wohlstandsverteidigung, Exklusion und den Umbau demokratischer Institutionen, die dabei als hinderlich wahrgenommen werden (Blühdorn 2020).

Die Rede vom *Ende der Illusionen* ist zweifelhaft, denn sie diskreditiert die Ideale, die seit der Aufklärung alle progressiven Bewegungen befeuert haben. Zudem ignoriert sie die vielfältigen Bewegungen, die weiterhin für eine gerechte Welt und ein gutes Leben für Alle innerhalb ökologischer Grenzen kämpfen, sowie die vielen Sozialwissenschaftler\*innen, die die transformativen Potenziale diese Kämpfe betonen. Und sie impliziert, dass moderne Gesellschaften nach einer langen Phase der *Illusionierung* nun wieder in der *Realität* oder *Normalität* angekommen wären. Jede Normalisierung oder Naturalisierung des sozial-ökologisch zerstörerischen und zunehmend entzivilisierten Status Quo in westlichen Gegenwartsgesellschaften ist aber ideologisch bedenklich. Unbestreitbar ist jedoch, dass im Zeichen der jüngsten Krisen – gerade auch der Pandemie – eine Reihe von Hoffnungen zerplatzen und viele Annahmen und Erwartungen sich als unhaltbar erweisen. An vorderster Stelle gehört dazu der Glaube an das unendliche Wachstum – nicht allein ökonomisch gesehen, sondern gerade auch in Bezug auf die stetige Erweiterung der Freiheiten, der (Menschen-)Rechte, der Selbstbestimmung und die fortgesetzte Ausdehnung der Lebenswelten und Erlebnishorizonte. Die Pandemie setzte hier schmerzhaft Grenzen – und die Proteste gegen die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung illustrierten, wie wenig tragfähig der Glaube an die zunehmend informierten, urteilsfähigen, mündigen und verantwortlichen Bürger\*innen ist, die im zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss das gute Leben für Alle organisieren könnten. Hatten die ökologisch-emanzipatorischen Bewegungen seit den 1970er Jahren noch fest an das Projekt der wahrhaft aufgeklärten, vernünftigen, partizipativen und kollektiv-verantwortlichen Selbstregierung geglaubt, die ganz wesentlich auch eine vernunftgeleitete gesellschaftliche Selbstbegrenzung organisieren sollte, verfolgen heutige Freiheits-, Identitäts- und Emanzipationsbewegungen – ob marktliberaler oder rechtspopulistischer Provenienz – mitunter grundsätzlich andere Agenden. Auch sie sind Teil der Zivilgesellschaft und verstehen sich als *emanzipatorisch*, doch egalitäre Werte, universale Rechte und demokratische Institutionen betrachten sie oft als dysfunktional (Blühdorn 2020; Blühdorn/Butzlaff 2020; Lütjen 2021).

Bezüglich der Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik ist auch die Erzählung zerbrochen, dass eine sozial-ökologische Wende ein emanzipatorischer Gewinn sei. Gerade die Pandemie machte unzweideutig klar, dass das in der Nachhaltigkeitsdebatte immer wieder mobilisierte Versprechen, dass *Weniger* doch eigentlich *Mehr* sei (Paech 2012; Folkers/Paech 2020; Jackson 2017), dass eine sozial-ökologische Transformation

doch letztlich eine Verbesserung und einen Gewinn für alle bedeuten würde, unter Bedingungen der Konsum-, Mobilitäts- und Erlebnisgesellschaft kaum noch tragfähig ist. Entsprechend ist auch das Vertrauen in die Fähigkeit und Bereitschaft zur kollektiven Selbstbegrenzung immer weniger überzeugend. Und die Hoffnung, dass das Ökologiethema ein einendes, kollektivierendes Menschheitsthema sein könnte, mithilfe dessen gerade die reichen Gesellschaften des globalen Nordens sich »einen neuen inhaltlichen Sinnhorizont« schaffen könnten, scheint aus heutiger Perspektive völlig illusorisch. Die ökologische Frage, so hatte Beck noch in den 1990er Jahren spekuliert, sei für die »postmoderne, abgeschlafte, gesättigte, sinnleere, fatalistische Gänseleber-Kultur« eine Art »Himmelsgeschenk«, weil sie jenseits von Religion und transzendentaler Vernunft »neue Fraglosigkeiten – Rigiditäten« schaffe, die der zermürbenden postmodernen »Dauer- und Selbstbefragung endlich ein Ende bereiten« (Beck 1993: 246f., 143f.). »Naturzerstörungen«, so hatte er vermutet, seien eine »Moral jenseits der Moral«, die »eine Gesellschaftskritik jenseits der Gesellschaftskritik« (Beck 1988: 93) ermögliche. Bis in die Gegenwart hängen Bewegungen, die *planetare Grenzen* als kategorische Imperative betrachten und *Listen to the science!* fordern, dieser Hoffnung nach. Doch tatsächlich ist das Thema der sozial-ökologischen Transformation längst zum großen Spaltungsthema avanciert.

Bereits unmittelbar vor der Pandemie zeichneten sich etwa mit der Polarisierung zwischen *Fridays for Future* und *Fridays for Hubraum* eine neue gesellschaftliche Spaltung und neue politische Konfliktlinien ab. Was sich damals erst andeutete, ist inzwischen aber sehr klar hervorgetreten und wird die Klima- und Nachhaltigkeitspolitik zukünftig entscheidend prägen. Schien noch kurz vor der Pandemie ein recht umfassender Konsens zu herrschen, dass eine Nachhaltigkeitstransformation unbedingt, entschieden und dringend in Angriff genommen werden muss, wird inzwischen sehr offen – und von ganz verschiedenen Seiten – mobil gemacht gegen nachhaltigkeitspolitische Maßnahmen, die eine Verteuerung oder Beeinträchtigung des gewohnten Lebensstandards bedeuten würden. Während für manche Teile der Gesellschaft die eigene Solaranlage und das Elektroauto ein Mittel der ökologischen Distinktion und Ausdruck des ökologischen Bemühens sind, kritisieren andere Teile – keineswegs nur am rechten Rand – das Projekt der sozial-ökologischen Transformation als *anti-soziale Agenda privilegierter Eliten* (z.B. Wagenknecht 2021). Dabei sind sich beide Seiten offenbar darin einig, dass der erreichte Wohlstand und die gewohnte Lebensqualität nicht zur Debatte stehen, und dass diesbezüglich von der jeweils anderen Seite eine Bedrohung ausgehe. Diese neuen Spaltungen und Polarisierungen machen deutlich: Das Überleben der Menschheit und die mögliche Unbewohnbarkeit des Planeten haben in der Nachhaltigkeitsdebatte bestenfalls rhetorische Bedeutung. In der Praxis geht es wesentlich um die Erhaltung des Status Quo. Und der politische Konflikt um die Nachhaltigkeit dreht sich wesentlich um die Grenzziehung und Ausgrenzung (Exklusion), die dafür erforderlich sind (Blühdorn 2020).

## Systemkrise

Vor diesem Hintergrund stellt sich noch einmal die Frage: Wie lässt sich die Nachhaltigkeitskrise, mit der gerade die wohlhabenden Gesellschaften des globalen Nordens sich konfrontiert sehen, begrifflich am besten fassen? Zurecht wird diese Krise oft als *Systemkrise* beschrieben. Aber betrifft sie die bio-physischen Systeme, wie es die Rede von den planetarischen Grenzen nahelegt? Ist sie, wie gerade von Seiten der post-marxistischen kritischen Theorie stetig betont wird, eine Krise des ökonomischen Systems, also des Kapitalismus, der nun an den inneren Widersprüchen zerbricht, die ihm schon immer eingeschrieben waren (z.B. Fraser/Jaeggi 2020)? Was genau ist bei der Nachhaltigkeitskrise in der Krise? Was ist da unhaltbar geworden?

Klar scheint zu sein: Trotz des sich beschleunigenden Klimawandels, des Artenverlustes, des rasanten Flächenverbrauchs, der Rohstoffausbeutung, der Abholzung der Primärwälder etc. ist der Untergang der Menschheit nicht akut. Dies ist vor allem ein Mobilisierungsnarrativ, das versucht, die Bürger\*innen zu politisieren, dabei aber gleichzeitig auch das Problem entpolitisiert und objektiviert, indem es die weitgehend gleichmäßige Betroffenheit der gesamten Menschheit suggeriert. Das eigentliche, wohl viel schlimmere Problem rückt diese Erzählung genau damit aus dem Fokus: Eben den Kampf um die *imperiale Lebensweise* (Brand/Wissen 2017) und das gute Leben *auf Kosten anderer* (Lessenich 2016). Ebenso wenig plausibel ist die Erzählung vom Zusammenbruch des Kapitalismus. Trotz der Tatsache, dass etwa die europäische Wirtschaft schon seit der Bankenkrise von 2008 am seidenen Faden der EZB-Politik hängt, ist ein Zusammenbruch des Kapitalismus nicht in Sicht. Wohl zeichnet sich ein Ende des *demokratischen* Kapitalismus ab (Streeck 2013), doch der Kapitalismus überlebt auch ohne Demokratie und Menschenrechte. Das nach globaler Vorherrschaft strebende China exerziert das eindrucksvoll vor. In Deutschland illustriert die Politik gegenüber China oder Russland, dass ökonomische Interessen und die Sicherung des Wohlstands gegenüber Demokratie und Menschenrechten allemal Vorrang genießen. Polen oder Ungarn sind als EU-Mitglieder prominente Beispiele der *third wave of autocratization* (Lührmann/Lindberg 2019); und auch in den USA kündigt sich die *autokratisch-autoritäre Wende* bedrohlich an, nicht aber ein Zusammenbruch des Kapitalismus.

Die derzeitige Nachhaltigkeitskrise muss daher ganz wesentlich auch als Krise des öko-emanzipatorischen Projekts begriffen werden, als Krise des Glaubens an die demokratisch-egalitäre Alternative und an die *zweite, reflexive* Moderne (Beck 1993), in der die bisher noch offenen Versprechen der Moderne endgültig eingelöst werden sollten. Denn parallel zur großen Diskussion um globale Nachhaltigkeitsziele und eine sozial-ökologische Transformation erweisen sich genau diese Versprechen derzeit als nicht haltbar. Anders formuliert: Parallel zu den stetig wiederholten Bekenntnissen, dass *weiter so* und *business as usual* keine Option seien, ist genau dies, also das Festhalten an den bestenfalls oberflächlich nachjustierten Strukturen und der Logik der etablierten Ordnung, das Prioritätsprojekt moderner Gesellschaften; und die scheinen entschieden, die Implikationen, die das unvermeidlich mit sich bringt, zu absorbieren. Das geschieht nicht zuletzt durch die kontinuierliche Verschiebung gesellschaftlicher Normen des Zumutbaren, Normalen und Akzeptablen hinsichtlich der ökologischen Unversehrtheit,

der sozialen Gerechtigkeit und Inklusion, der Demokratie, der Menschenrechte etc. Genau dies ist die *Politik der Nicht-Nachhaltigkeit* (Blühdorn 2020).

Es wäre daher dringend, »die nachdrückliche Bedeutung *kultureller Wahrnehmungsbereitschaft* und kultureller Normen« sehr viel genauer in den Blick zu nehmen, auf die Ulrich Beck schon in den 1980er Jahren hingewiesen hatte. Denn letztlich entscheiden sie darüber, »welche Zerstörung hingenommen wird und welche nicht«, und wie die »Akzeptanz des Nichtakzeptablen« – etwa bei der Verletzung von Menschenrechten oder bei der sozialen Ungleichheit – sich verändert (Beck 1988: 76). Doch wenn Klimabewegungen und Nachhaltigkeitsforscher\*innen insistieren, dass die Politik nun *endlich auf die Wissenschaft hören* und deren *Imperative strikt umsetzen* solle, dann betreiben sie das genaue Gegenteil. Sie verleugnen den unhintergebar kulturellen, wertebezogenen und politischen Kern aller Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Umgekehrt macht die Perspektive auf die Bedeutung kultureller Wahrnehmungsbereitschaft und sozialer Grenzen der Akzeptabilität unmittelbar deutlich: Im selben Maße, wie in den wohlhabenden Gesellschaften des globalen Nordens die vorherrschenden Freiheitsverständnisse, der Wohlstand, die *imperiale Lebensweise* und das *gute Leben auf Kosten anderer* offenbar unverhandelbar sind, betrifft die derzeitige System- und Nachhaltigkeitskrise vor allem die Haltbarkeit und Überlebensfähigkeit des Wertesystems, das sich im Zusammenspiel der europäischen Aufklärung, des Christentums und des Humanismus herausgebildet hat, und das ökologisch-emanzipatorische Bewegungen noch einmal aktualisiert hatten. Genau das ist letztlich wohl der *Abgrund*, an dem westliche Gesellschaften stehen – und sie bewegen sich in der Tat *in die falsche Richtung*.

Tatsächlich ist also das Projekt der sozial-ökologischen Transformation nicht nur strukturell blockiert, sondern die vielschichtige Nachhaltigkeitskrise ist ganz wesentlich eine Krise der europäisch-westlichen Werte und betrifft das Projekt der westlichen Moderne insgesamt. Der Glaube an die Überlegenheit des westlichen Gesellschaftsmodells und an die schrittweise Globalisierung von Freiheit, Demokratie – und Ökologisierung –, die letztlich ein gutes Leben für Alle innerhalb planetarer Grenzen ermöglichen, ist nicht mehr haltbar. Im Zusammenspiel vorherrschender Freiheitsbegriffe, der pragmatischen Wohlstandsverteidigung, des Marktliberalismus, der digitalen Revolution, der autokratisch-autoritären Wende, des neuen Systemwettbewerbs und nicht zuletzt auch emanzipatorischer Bewegungen, die sich gegen die *eurozentrisch-imperiale* Weltsicht *alter weißer Männer* stemmen, werden diese Ideale anderen Prioritäten nachgeordnet bzw. grundlegend uminterpretiert. Besonders heikel ist dabei: Diese Ablösung des öko-emanzipatorischen Aufklärungsprojekts kann nicht einfach als *regressiv* (Nachtwey 2016; Geiselberger 2017) und kulturpessimistisch als der *Untergang des Abendlandes* beschrieben werden. Trotz der normativen Schwierigkeiten, die das zweifellos mit sich bringt, muss sie *auch* als *emanzipatorisch* verstanden werden (Blühdorn/Butzlaff 2019; Blühdorn 2022). Der Untergang der Menschheit ist bei alledem nicht in Sicht. Doch die Auszehrung des öko-emanzipatorischen Projekts und der Aufstieg des digital-autoritären China deuten auf die Metamorphose der westlichen Moderne zu einer grundsätzlich neuen Erscheinungsform.

## Literatur

- Augstein, Jakob (Hg.) (2017): Reclaim Autonomy. Selbstermächtigung in der digitalen Weltordnung, Berlin: Suhrkamp
- Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen, Frankfurt: Suhrkamp
- Beck, Ulrich (1988): Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt: Suhrkamp
- Blühdorn, Ingolfur (2022): »Liberation and Limitation: The emancipatory project and the grammar of the autocratic-authoritarian turn«, in: European Journal of Social Theory, Jg. 25, Nr. 1, S. 26-52
- Blühdorn, Ingolfur (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. Mit Beiträgen von F. Butzlaff, M. Deflorian, D. Hausknost und M. Mock, Bielefeld: transcript
- Blühdorn, Ingolfur/Butzlaff, Felix (2019): »Rethinking Populism: Peak Democracy, Liquid Identity and the Performance of Sovereignty«, in: European Journal of Social Theory, Jg. 22, Nr. 2, S. 191-211
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom
- Fisher, Mark (2013): Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Hamburg: VSA
- Folkers, Manfred/Paech, Niko (2020): All you need is Less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht, München: oekom
- Fraser, Nancy/Jaeggi, Rahel (2020): Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie, Berlin: Suhrkamp
- Geiselberger, Heinrich (Hg.) (2017): Die große Regression, Berlin: Suhrkamp
- Gough, Ian (2020): »Defining floors and ceilings: the contribution of human needs theory«, in: Sustainability: Science, Practice and Policy, Jg. 16, Nr. 1, S. 208-219
- Guterres, António (2021): Rede auf der UNO-Vollversammlung in New York im September 2021
- Haberl, Helmut et al. (2020): »A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: Synthesizing the insights«, in: Environmental Research Letters, Jg. 15, Nr. 6
- Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt: Suhrkamp
- Jackson, Tim (2017): Wohlstand ohne Wachstum – das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. München: oekom
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin: Hanser
- Lütjen, Torben (2021): »The Anti-Authoritarian Revolt: Right-Wing Populism as Self-Empowerment?«, in: European Journal of Social Theory, Jg. 25, Nr. 1, S. 75-93
- Luhmann, Niklas (1986): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Bielefeld: Westdeutscher Verlag
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin: Suhrkamp
- Nassehi, Armin (2021): Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft, München: C. H. Beck

- Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München: oekom
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin: Suhrkamp
- Rockström, Johan, et al. (2009a): »A Safe Operating Space for Humanity«, in: Nature, Jg. 461, S. 472-475
- Rockström, Johan, et al. (2009b): »Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity«, in: Ecology and Society, Jg. 14, Nr. 2, art. 32
- Volkmer, Michael/Werner, Karin (Hg.) (2020): Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft, Bielefeld: transcript
- Wagenknecht, Sahra (2021): Die Selbstgerechten, Frankfurt: Campus
- Wiedenhofer, Dominik et al. (2020), »A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part I: Bibliometric and conceptual mapping«, in: Environmental Research Letters, Jg. 15, Nr. 6, S. 1-32
- Zuboff, Shoshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus, Frankfurt: Campus